

§ 161 HSchG – Kommentar

kehrs-Zulassungsordnung (StVZO) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahr-
unternehmen im Personenverkehr (BOKraft). Beide lassen neben der Nutzung der Sitz-
plätze auch die der ausgewiesenen Anzahl von Stehplätzen zu. Mit der Pflicht zur Auswei-
sung der zulässigen Zahl von Stehplätzen berücksichtigt die bundesgesetzliche Regelung
die Anforderungen an die Sicherheit der Fahrgäste, also auch der Schülerinnen und Schü-
ler. Mangels Richtlinienkompetenz kann das Land Richtlinien zur Ausgestaltung des
Schulbusverkehrs nicht erlassen.

Im Interesse der Sicherheit dieses Verkehrs haben aber die zuständigen Minister der Län-
der einen Anforderungskatalog entwickelt, der in seiner letzten Fassung vom Bund im
Verkehrsblatt veröffentlicht worden ist und nachstehend wegen des allgemeinen Interes-
ses abgedruckt wird.

Verlautbarung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Vom 14. Juli 2005; Az.: S 33/S 37/S 02/36.38.02
[Bekanntgemacht am 15. August 2005; VkB1. S. 604]

Anforderungskatalog für Kraftomnibusse (KOM) und Kleinbusse (Pkw), die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden. Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern für die Beförderung von Schülern.

Der mit den für die StVZO und BOKraft zuständigen Ministern und Senatoren der Länder
erarbeitete Anforderungskatalog für Schulbusse ist erstmals am 21.2.1985 (VkB1. 1985
S. 200) und dann in überarbeiteter Form am 20.10.1986 (VkB1. 1986 S. 610), 30.4.1992
(VkB1. S. 290) und am 3.5.1996 (**VkB1. S. 238**) erneut veröffentlicht worden. Inzwischen
wurden einige der im Katalog aufgeführten Vorschriften geändert und neue Vorschriften
aufgenommen. So ist z. B. in Nr. 2.8.1.3 der Einsatz von Kraftomnibussen, die nach § 35a
Abs. 4 StVZO mit Sicherheitsgurten ausgerüstet sind, als Schulbusse dargestellt. Auch
die Übernahme der Richtlinie 2001/85/EG in die StVZO macht eine Überarbeitung des
Katalogs notwendig.

Nach wie vor gilt: Der Katalog soll die über die StVZO bzw. die Richtlinie 2001/85/EG und
BOKraft hinaus bereits bestehenden Anforderungen vereinheitlichen und ergänzen, da-
mit die in aller Regel für Erwachsene gebauten Fahrzeuge stärker den Belangen der Kin-
der und, soweit möglich, ihren Verhaltensweisen Rechnung tragen. Außerdem fasst der
Katalog die wichtigsten Vorschriften für die in dieser Verkehrsart eingesetzten Kraftomni-
busse zusammen. Der Anforderungskatalog sollte mithin Bestandteil der Verträge zwi-
schen Verkehrsunternehmen und den Trägern für die Schülerbeförderung sein, die in
den Ländern als verantwortliche Stellen die Beförderungsleistungen vergeben. Die Zu-
ständigkeit der Länder bleibt unberührt; Ergänzungen und Änderungen des Katalogs
sind den verantwortlichen Stellen vorbehalten, wobei Abweichungen das Ziel der bun-
deseinheitlichen Anwendung nicht in Frage stellen sollten.

Der Anforderungskatalog soll auch bei Kraftfahrzeugen, die zur Beförderung von Kindern
durch oder für Kindergartenträger (**Freistellungs-VO § 1 Nr. 4 Buchstabe i**) zu Kindergär-
ten und ähnlichen Einrichtungen eingesetzt werden, Anwendung finden, wenn die in
2.8.2 bis 2.8.3 enthaltenen Festlegungen unberücksichtigt bleiben (keine Stehplatzbenut-
zung). Die Mitfahrt von Begleitpersonen in KOM bei der Beförderung von Kindergarten-
kindern und Erstklässlern ist insbesondere bei längerer Beförderungsdauer zu empfehlen.

Fahrzeugführer von Kraftfahrzeugen, mit denen Schüler befördert werden, tragen eine
hohe Verantwortung. Neben der normalen Fahrtätigkeit und der erforderlichen Aufmerk-
samkeit für das Verkehrsgeschehen werden von Fahrern Geduld und ein ruhiges und be-
sonnenes Verhalten erwartet, das beispielhaft auf die Kinder wirkt.

§ 161 HSchG – Kommentar

kehrs-Zulassungsordnung (StVZO) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahr-
unternehmen im Personenverkehr (BOKraft). Beide lassen neben der Nutzung der Sitz-
plätze auch die der ausgewiesenen Anzahl von Stehplätzen zu. Mit der Pflicht zur Auswei-
sung der zulässigen Zahl von Stehplätzen berücksichtigt die bundesgesetzliche Regelung
die Anforderungen an die Sicherheit der Fahrgäste, also auch der Schülerinnen und Schü-
ler. Mangels Richtlinienkompetenz kann das Land Richtlinien zur Ausgestaltung des
Schulbusverkehrs nicht erlassen.

Im Interesse der Sicherheit dieses Verkehrs haben aber die zuständigen Minister der Län-
der einen Anforderungskatalog entwickelt, der in seiner letzten Fassung vom Bund im
Verkehrsblatt veröffentlicht worden ist und nachstehend wegen des allgemeinen Interes-
ses abgedruckt wird.

Verlautbarung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Vom 14. Juli 2005; Az.: S 33/S 37/S 02/36.38.02
[Bekanntgemacht am 15. August 2005; VkB1. S. 604]

Anforderungskatalog für Kraftomnibusse (KOM) und Kleinbusse (Pkw), die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden. Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern für die Beförderung von Schülern.

Der mit den für die StVZO und BOKraft zuständigen Ministern und Senatoren der Länder
erarbeitete Anforderungskatalog für Schulbusse ist erstmals am 21.2.1985 (VkB1. 1985
S. 200) und dann in überarbeiteter Form am 20.10.1986 (VkB1. 1986 S. 610), 30.4.1992
(VkB1. S. 290) und am 3.5.1996 (VkB1. S. 238) erneut veröffentlicht worden. Inzwischen
wurden einige der im Katalog aufgeführten Vorschriften geändert und neue Vorschriften
aufgenommen. So ist z. B. in Nr. 2.8.1.3 der Einsatz von Kraftomnibussen, die nach § 35a
Abs. 4 StVZO mit Sicherheitsgurten ausgerüstet sind, als Schulbusse dargestellt. Auch
die Übernahme der Richtlinie 2001/85/EG in die StVZO macht eine Überarbeitung des
Katalogs notwendig.

Nach wie vor gilt: Der Katalog soll die über die StVZO bzw. die Richtlinie 2001/85/EG und
BOKraft hinaus bereits bestehenden Anforderungen vereinheitlichen und ergänzen, da-
mit die in aller Regel für Erwachsene gebauten Fahrzeuge stärker den Belangen der Kin-
der und, soweit möglich, ihren Verhaltensweisen Rechnung tragen. Außerdem fasst der
Katalog die wichtigsten Vorschriften für die in dieser Verkehrsart eingesetzten Kraftomni-
busse zusammen. Der Anforderungskatalog sollte mithin Bestandteil der Verträge zwis-
chen Verkehrsunternehmen und den Trägern für die Schülerbeförderung sein, die in
den Ländern als verantwortliche Stellen die Beförderungsleistungen vergeben. Die Zu-
ständigkeit der Länder bleibt unberührt; Ergänzungen und Änderungen des Katalogs
sind den verantwortlichen Stellen vorbehalten, wobei Abweichungen das Ziel der bun-
deseinheitlichen Anwendung nicht in Frage stellen sollten.

Der Anforderungskatalog soll auch bei Kraftfahrzeugen, die zur Beförderung von Kindern
durch oder für Kindergartenträger (**Freistellungs-VO § 1 Nr. 4 Buchstabe i**) zu Kindergär-
ten und ähnlichen Einrichtungen eingesetzt werden, Anwendung finden, wenn die in
2.8.2 bis 2.8.3 enthaltenen Festlegungen unberücksichtigt bleiben (keine Stehplatzbenut-
zung). Die Mitfahrt von Begleitpersonen in KOM bei der Beförderung von Kindergarten-
kindern und Erstklässlern ist insbesondere bei längerer Beförderungsdauer zu empfehlen.

Fahrzeugführer von Kraftfahrzeugen, mit denen Schüler befördert werden, tragen eine
hohe Verantwortung. Neben der normalen Fahrtätigkeit und der erforderlichen Aufmerk-
samkeit für das Verkehrsgeschehen werden von Fahrern Geduld und ein ruhiges und be-
sonnenes Verhalten erwartet, das beispielhaft auf die Kinder wirkt.

Das dem Anforderungskatalog als **Anlage 2** beigefügte „Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern“ soll helfen, diese verantwortungsvolle Tätigkeit zur Zufriedenheit aller Betroffenen auszuüben. Es erscheint darüber hinaus angezeigt, den Fahrern, auch den Fahrern von Linienbussen, die Schüler befördern, Gelegenheit zu geben, ihren Kenntnisstand über diese Beförderungsart zu vertiefen; das Merkblatt kann hierbei als Unterrichtsleitfaden dienen.

Der überarbeitete Anforderungskatalog und das Merkblatt wurden mit den zuständigen obersten Landesbehörden abgestimmt.

Da der Anforderungskatalog Anforderungen aus der StVZO und für neue KOM auch aus der Richtlinie 2001/85/EG enthält, erfolgt nachstehend eine zusammenfassende Darstellung mit den jeweils zutreffenden Vorschriftenbezügen. Für die Anwendung des Anforderungskatalogs und des Merkblatts gilt Folgendes:

1. Für Kleinbusse (Pkw) gilt der Anforderungskatalog in der nachstehenden Fassung.
2. Für KOM, die bis zum 13.2.2005 erstmals in den Verkehr gekommen sind, gilt die Fassung des Anforderungskatalogs, die mit der Veröffentlichung vom 3.5.1996 im VkB1. 1996, S. 238, bekannt gemacht wurde.
3. Die entsprechenden Anforderungen sind aber auch in der nachstehenden Fassung enthalten und durch die Vorschriften der StVZO gekennzeichnet (rechte Spalte). Einige dieser Vorschriften wurden zwar aufgehoben, gelten nach § 72 Abs. 2 StVZO jedoch für die KOM weiterhin, die bis zum 13.2.2005 erstmals in den Verkehr gekommen sind.
4. Für KOM, die ab dem 13.2.2005 erstmals in den Verkehr kommen, gilt die nachstehende Fassung. Die entsprechenden Anforderungen sind durch die zutreffenden Vorschriften der Richtlinie 2001/85/EG gekennzeichnet (rechte Spalte).
5. Das Merkblatt (Anlage 2) gilt in der nachstehenden Fassung.

Anforderungskatalog für KOM und Kleinbusse, die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden

1. Allgemeines

1.1 Anwendungsbereich

Dieser Anforderungskatalog gilt für § 30d Abs. 1 § 30 Abs. 1 StVZO
KOM – Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung mit
mehr als acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz – und so-
gen. Kleinbusse – M1-Kfz (Pkw), die nach Bauart und
Einrichtung zur Beförderung von Personen bestimmt
und mit 6 bis 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz aus-
gerüstet sind –, die zur Schüler- oder Kindergartenkin-
derbeförderung – nach § 1 Nr. 4 Buchstabe d, g oder i der
VO über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle
von den Vorschriften des PBefG – Freistellungs-VO oder
– nach § 43 Ziffer 2 PBefG (Sonderform des Linienver-
kehrs) besonders eingesetzt werden.

Eine derartige Verwendung von Kleinbussen ist der Zulassungsbehörde anzuzeigen (s. 4.4). § 23 Abs. 6 StVZO

2. Technische Anforderungen/Ausstattung der Kfz

2.1 Gesetzliche Vorschriften

Die Kfz müssen ständig den Bestimmungen der StVZO, der BO-Kraft und/oder den Richtlinien 2001/85/EG (KOM) und 70/1567 EWG (Pkw) entsprechen.

§ 161 HSchG – Kommentar

2.2 Kennzeichnung

KOM und Kleinbusse müssen an Stirn- und Rückseite mit den vorgeschriebenen Schulbus-Schildern gekennzeichnet sein. Die Wirkung der Schilder darf durch andere Aufschriften oder Bildzeichen nicht verdeckt werden. Nach Beendigung der Schulfahrt sind die Schulbus-Schilder zu entfernen oder abzudecken. § 33 Abs. 4 und Anlage 4 BOKraft

Statt der vorgeschriebenen Schulbusschilder sind auch elektronische Anzeigeeinrichtungen verwendbar. Dabei müssen die Anzeigeeinrichtungen folgende Abmessungen haben: Das Symbol muss mindestens 144 mm hoch und 215 mm breit sein. Die Farbe des Bildhintergrundes muss verkehrsschwarz (RAL 9017) oder in einem vergleichbaren Farbton und das Symbol leuchtgelb (RAL 1026), ausgeführt sein.

2.3 Zusätzliche Fahrtrichtungsanzeiger

KOM und Kleinbusse sind mindestens an den Rückseiten mit zwei zusätzlichen Fahrtrichtungsanzeigern auszurüsten, die so hoch und so weit außen wie möglich angeordnet sein müssen. KOM mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 t müssen an den Fahrzeuglängsseiten im vorderen Drittel zusätzlich mit Fahrtrichtungsanzeigern ausgerüstet sein. § 54 Abs. 4 StVZO

2.4 Sichtverhältnisse für Fahrzeugführer

Neben der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der §§ 35b und 56 StVZO muss der Fahrzeugführer aus normaler Sitzposition den sicherheitsrelevanten äußeren und inneren Bereich des KOM beobachten können.

Dies gilt als erfüllt, wenn

- 2.4.1 eine in 1200 mm Höhe über dem Erdboden und in einem Abstand von 300 mm vor der Fahrzeugfront angeordnete Messlatte direkt oder

über zusätzliche Frontspiegel indirekt gesehen werden kann (geringfügige Einschränkungen des Sichtfelds z. B. durch Fensterstege oder Scheibenwischerarme bleiben unberücksichtigt);

oder

über hinreichend große Kamera-Monitor-Systeme indirekt gesehen werden kann; RL 2003/97/EG

- 2.4.2 der KOM außerdem an der rechten Seite mit Rückspiegeln oder hinreichend großen Kamera-Monitor-Systemen ausgerüstet ist, deren Sichtfelder so beschaffen sind, dass der Fahrer auf der Außenseite des Fahrzeugs mindestens einen ebenen und horizontalen Teil der Fahrbahn übersehen kann, der durch die folgenden senkrechten Ebenen begrenzt ist (siehe Anlage 1); RL 2003/97/EG

- 2.4.2.1 zur senkrechten Längsmittlebene des Fahrzeugs durch eine parallele Ebene, die durch den äußersten rechten Punkt der Breite des Fahrzeugs hindurchgeht; dabei wird die Breite des Fahrzeugs auf der durch die Augenpunkte des Fahrzeugführers hindurchgehenden senkrechten Querebene gemessen;
- 2.4.2.2 in Querrichtung durch eine Ebene, die 1 m vor der in 2.4.2.1 erwähnten Ebene parallel zu dieser verläuft;
- 2.4.2.3 hinten durch eine Ebene, die 4 m hinter der durch die Augenpunkte des Fahrzeugführers hindurchgehenden Ebene parallel zu dieser verläuft und vorn durch die senkrechte Ebene, die 1 m vor der durch die Augenpunkte des Fahrzeugführers hindurchgehenden senkrechten Ebene parallel zu dieser verläuft. Verläuft die senkrechte Querebene durch die äußerste Kante des Stoßfängers des Fahrzeugs weniger als 1 m vor der senkrechten Ebene durch die Augenpunkte des Fahrzeugführers, so ist das Sichtfeld auf diese Ebene beschränkt;
- 2.4.3 über die vorgeschriebenen oder zusätzlichen Außenspiegel die äußeren Bereiche der Ein- und Ausstiege beobachtet werden können, die nicht unmittelbar einzusehen sind (bei Gelenkonnibussen ist dies in gestreckter Stellung der Fahrzeuge zu prüfen);
- 2.4.3.1 die in 2.4.2 und 2.4.3 aufgeführten Außenspiegel, soweit nicht an Fahrgasttüren angebracht, beheizt sowie die Bereiche der Scheiben, die für die Sicht zu diesen Außenspiegeln erforderlich sind, nicht aufgrund von Witterungseinflüssen beschlagen oder vereisen können (z. B. Doppelverglasung, Scheibenheizung, entsprechend angeordnete Warmluftdüsen); § 31 Abs. 2 StVZO, § 23 Abs. 1 StVO
- 2.4.4 über Innenspiegel der Fahrgastraum und die Ein- und Ausstiegsbereiche zumindest bei den von ihm betätigten Fahrgasttüren eingesehen werden können;
- 2.4.5 in KOM mittels baulicher Maßnahmen, z. B. Schwenkbügel, sichergestellt ist, dass sich neben dem Fahrzeugführer keine Personen aufhalten können. Begleitpersonen, auf besonders gekennzeichneten Sitzen, sind davon ausgenommen. § 35 b Abs. 2 StVZO gilt für bis zum 13. 2. 2005 erstmals in den Verkehr gebrachte KOM.
Für neue KOM: Empfehlung
- 2.5 **Ein- und Ausstiege**
- 2.5.1 Die untersten Trittstufen der Ein- und Ausstiege von KOM dürfen maximal 400 mm nach der StVZO bzw. 340 mm (KOM-Klasse A oder I) oder 380 mm (KOM-Klasse B, II oder IM) nach der Richtlinie 2001/85/EG über der Fahrbahn liegen. § 35 d Abs. 2 StVZO (RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.7.7.1)

§ 161 HSchG – Kommentar

- 2.5.2 Wird bei KOM eine Höhe von 300 mm bei den unteren Trittstufen überschritten, sind Haltegriffe oder Haltestangen im Bereich der Ein- und Ausstiege anzubringen, die von Schülern und Kindergartenkindern beim Ein- und Aussteigen benutzt werden können. Dies gilt als erfüllt, wenn die Haltegriffe oder Haltestangen von der Fahrbahn aus erreicht werden können und dabei eine Höhe von 1100 mm – gemessen von der Fahrbahn – nicht überschritten wird. VkB1. 1980, S. 537
(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.11.3.2)
- 2.5.3 Trittstufen der Ein- und Ausstiege müssen trittsicher und auch in feuchtem Zustand rutschhemmend sein. § 35d Abs. 1 StVZO
(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.7.7.6)
- 2.5.4 In den Bereich der Ein- und Ausstiege dürfen keine Gegenstände hineinragen, die eine Gefährdung mit sich bringen könnten. In diesem Bereich befindliche Sitze dürfen nicht benutzt werden und müssen hochgeklappt und gesichert bzw. ganz ausgebaut sein. Sitze für Begleitpersonen, die von solchen Personen benutzt werden, sind hiervon ausgenommen. § 35d Abs. 1 StVZO,
§ 35b Abs. 2
(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.7.1.7)
- 2.5.5 Sicherheitseinrichtungen an beweglichen Einstieghilfen (Kneelingsysteme, Hubeinrichtungen oder Rampen) müssen ständig betriebsbereit sein. Der Betrieb von fremdkraftbetätigten Rampen muss durch gelbes Blinklicht angezeigt werden. § 35d Abs. 3 StVZO und
Richtlinie für fremdkraftbetriebene Einstieghilfen an KOM (VkB1. 1993, S. 218) (RL 2001/85/EG, Anh. VII, Nr. 3.11.4.3.1)
- 2.5.6 KOM und Kleinbusse müssen eine elektrische Innenbeleuchtung haben. Die Ein- und Ausstiege von KOM sowie die unmittelbar angrenzenden Bereiche außerhalb des Kfz müssen hinreichend ausgeleuchtet sein, solange die Türen nicht vollständig geschlossen sind. § 54a StVZO
(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.8)
- 2.6 **Fahrgasttüren und Notausstiege**
- 2.6.1 Türen, Türverschlüsse und ihre Betätigungseinrichtungen müssen so beschaffen sein, dass ein unbeabsichtigtes Öffnen der Türen nicht zu erwarten ist. § 35e StVZO
(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.6.4)
- 2.6.2 In KOM muss dem Fahrzeugführer der geschlossene Zustand fremdkraftbetätigter Fahrgasttüren sinnfällig angezeigt werden. Eine derartige Anzeige wird auch für handbetätigte Fahrgasttüren empfohlen.
- 2.6.2.1 Fahrgasttüren von Kleinbussen, mit denen Schüler von Grundschulen oder Kindergartenkinder befördert werden, müssen zusätzlich gegen unbeabsichtigtes Öffnen gesichert werden können.
- 2.6.3 An fremdkraftbetätigten Fahrgasttüren in KOM müssen § 35e Abs. 5 StVZO –
VkB1. 1984, S. 566, VkB1. 1988, S. 239 und VkB1. 1991, S. 498 –
(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.6.5 und 7.6.6)

- 2.6.3.1 mit Ausnahme der im direkten Einflussbereich und Sichtfeld des Fahrzeugführers liegenden und von ihm zu betätigenden Fahrgasttüren alle anderen Fahrgasttüren mit Einrichtungen ausgerüstet sein, die ein Einklemmen von Personen verhindern (z. B. Reversiereinrichtungen), § 35e Abs. 5 StVZO
- 2.6.3.2 die Hauptschließkanten von Fahrgasttüren ohne Reversiereinrichtungen mit ausreichend breiten und nachgiebigen Schutzleisten gesichert sein,
- 2.6.3.3 vorhandene Schutzeinrichtungen ständig betriebsbereit sein.
- 2.6.4 Die Betätigung der besonderen Einrichtungen zum Öffnen der Fahrgasttüren in Notfällen, durch die fremdkraftbetätigte Türen geöffnet oder drucklos geschaltet werden können, muss dem Fahrzeugführer optisch und akustisch, angezeigt werden. § 35e Abs. 3 StVZO (RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.6.5.1.6)
- 2.6.5 Empfohlen wird, dass die vorgenannten Einrichtungen zum Öffnen der Fahrgasttüren in Notfällen nur bei einer Fahrgeschwindigkeit bis zu 5 km/h wirksam sind. (RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.6.5.1)
- Notausstiege müssen als solche gekennzeichnet und ständig betriebsbereit sein. Hilfsmittel zum Öffnen der Notausstiege – z. B. sogenannte Nothämmer – müssen deutlich sichtbar sowie leicht zugänglich in unmittelbarer Nähe der Notausstiege angebracht sein. § 35f, Anl. X Nr. 5 StVZO (RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.6.7, 7.6.8, 7.6.9, 7.6.11, 7.7.2, 7.7.3, 7.7.4)
- 2.7 Fahrgastraum**
- 2.7.1 Die Fußböden in KOM müssen auch in feuchtem Zustand ausreichend rutschhemmend sein. § 35d StVZO (RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.7.5.9)
- 2.7.2 Die im Aufenthalts- und Bewegungsbereich der Schüler befindliche Innenausstattung (einschließlich Fahr-scheinentwerter) muss so beschaffen sein, dass beim Betrieb und bei Unfällen der Kfz Verletzungen möglichst gering und auf das unvermeidbare Maß beschränkt bleiben:
- Haltegriffe und sonstige Halteeinrichtungen sowie deren Befestigungen dürfen keine scharfen Kanten aufweisen. Sie müssen soweit abgepolstert sein, dass Aufprallverletzungen weitgehend vermieden werden;
 - Aschenbecher, Leuchten, Garderobenhaken, klappbare Armlehnen und andere Fahrzeugteile müssen so gestaltet sein, dass Aufprallverletzungen weitgehend vermieden werden.
- 2.8 Sitz- und Stehplätze**
- 2.8.1 Sitzplätze, Ausrüstung mit Sicherheitsgurten**
- 2.8.1.1 In KOM dürfen nur so viel sitzende Kinder befördert werden, wie Sitzplätze im Fahrzeug angeschrieben und in den Fahrzeugpapieren ausgewiesen sind. § 34a StVZO (RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.3.1.1)

§ 161 HSchG – Kommentar

- 2.8.1.2 Kleinbusse sind auf den im Fahrzeugschein bzw. in der Zulassungsbescheinigung Teil 1 ausgewiesenen Sitzplätzen mit Sicherheitsgurten ausgerüstet. Sofern Alter und Größe der Schüler und Kindergartenkinder das Anlegen der Sicherheitsgurte nicht gestatten, sind geeignete Rückhalteeinrichtungen für Kinder mitzuführen.

§ 35 a StVZO

Es dürfen nur soviel Kinder befördert werden, wie Sicherheitsgurte und/oder Rückhalteeinrichtungen vorhanden sind. Eine Behinderung des Fahrzeugführers durch neben ihm sitzende Kinder ist auszuschließen.

§ 22 a StVZO (ECE-R 244);

§ 21 Abs. 1 a StVZO

- 2.8.1.3 Ob und ggf. in welchem Umfang KOM einzusetzen sind oder eingesetzt werden, die nach § 35 a Abs. 4 StVZO mit Sicherheitsgurten ausgerüstet sind, ist u. a. von den speziellen Einsatzbedingungen vor Ort abhängig zu machen.

§ 35 a i. V. m. § 72 Abs. 2 StVZO;

Entscheidung des Trägers für die Schülerbeförderung und Vereinbarung mit dem Unternehmer

2.8.2 Stehplätze

- 2.8.2.1 Stehplätze sind in Kleinbussen nicht und in KOM nur in dem Umfang zulässig, wie sie im Fahrzeugschein bzw. in der Zulassungsbescheinigung Teil 1 ausgewiesen und im Fahrzeug angeschrieben sowie vom Träger für die Schülerbeförderung für zulässig erklärt worden sind.

§ 34 a StVZO;

Nr. 2.8.3;

(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.3.1.2)

- 2.8.2.2 Für Stehplätze müssen geeignete Halteeinrichtungen in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Sie müssen so beschaffen und angeordnet sein, dass sie auch von Schülern aller Altersklassen benutzt werden können. Dies gilt als erfüllt, wenn die Halteeinrichtungen in einer Höhe von 800 mm bis 1100 mm bzw. nach der RL 2001/85/EG bis 1500 mm über dem Fahrzeugboden angeordnet sind und für jeden Stehplatz eine Mindestgriffhöhe von 80 mm vorhanden ist.

§ 34 a Abs. 5 StVZO

(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.11.2)

Für KOM, die ab dem 13. 2. 2005 erstmals in den Verkehr kommen, wird eine max. Höhe von 1100 mm empfohlen.

2.8.3 Nutzung der maximal zulässigen Stehplätze

Ob und in welcher Anzahl die im Fahrzeugschein bzw. in der Zulassungsbescheinigung Teil 1 ausgewiesenen und im KOM angeschriebenen Stehplätze genutzt werden dürfen, ist vom Einzelfall abhängig und vom Aufgabenträger der Schüler- oder Kindergartenkinderbeförderung festzulegen.

§ 34 a Abs. 1 StVZO;

(RL 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.3.1.2)

Gründe für eine niedrigere Ausnutzung der max. zulässigen Stehplätze können z. B. sein:

- Alter der Schüler,
- Häufigkeit und Dauer der starken Stehplatzbelegung,
- Beförderungsdauer für Schüler,
- Straßen- und Verkehrsverhältnisse auf der Beförderungsstrecke.

3. Betrieb der Kraftfahrzeuge

- 3.1 Die Kfz sind nur in betriebs- und verkehrssicherem sowie in sauberem Zustand einzusetzen. § 30 Abs. 1 und § 31 Abs. 2 StVZO, § 23 Abs. 1 StVO
- 3.2 Während des Betriebs sind die Kfz den Umständen entsprechend zu heizen und/oder zu lüften.
- 3.3 Der Träger für die Schülerbeförderung kann unter Berücksichtigung der winterlichen Fahrbahnverhältnisse und der Einsatzgebiete der Schulbusse eine zeitlich befristete Ausrüstung mit Winterreifen (M+S) vorschreiben. Des Weiteren kann auch die Verwendung von Schneeketten vorgeschrieben werden, sofern bei Antritt der Fahrt schnee- oder eisglatte Fahrbahn zu erwarten ist. Im Übrigen gilt § 18 BOKraft § 18 BOKraft
- 3.4 Die Beförderung von stehenden Schülern auf Flächen, die als Stehplatzflächen nicht zulässig sind, ist verboten; hierzu gehören z. B.:
 – Trittstufen der Ein- und Ausstiege,
 – die von Personen freizuhaltende Fläche neben dem Fahrersitz (s. 2.4.5).
 Auf diese Flächen ist durch Beschilderung besonders hinzuweisen (z. B. „Nicht auf den Trittstufen stehen – Ausstieg freihalten!“).
- 3.5 Vorgeschriebene Sicherheitsgurte und Rückhalteeinrichtungen sind während der gesamten Beförderungsdauer anzulegen bzw. zu benutzen. § 21 Abs. 1a und § 21a Abs. 1 StVO
- 3.6 Wird die Nutzung vorhandener Stehplätze in mit Sicherheitsgurten ausgerüsteten KOM (so genannten Misch- oder Kombibussen) untersagt (s. Nr. 2.8.3) oder sind keine Stehplätze zulässig, müssen während der Fahrt:
 – in KOM mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 t die Sicherheitsgurte auf allen Plätzen ordnungsgemäß angelegt werden,
 – in KOM mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 3,5 t die Sicherheitsgurte ordnungsgemäß angelegt bzw. von Kindern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr, die kleiner als 150 cm sind, amtlich genehmigte und für Kinder geeignete Rückhalteeinrichtungen benutzt werden. Entscheidung des Trägers für die Schülerbeförderung: § 21 und § 21a StVO

4. Überprüfungen und Kontrollen

- 4.1 Zur Feststellung, ob die einzusetzenden Kfz den einschlägigen Vorschriften sowie den Anforderungen dieses Katalogs entsprechen, kann die zuständige Behörde die Vorlage eines Gutachtens/einer Bestätigung eines amtlich anerkannten Sachverständigen oder von der nach § 29 StVZO zuständigen Person verlangen.

§ 161 HSchG – Kommentar

- 4.2 Der Träger für die Schülerbeförderung ist berechtigt, den Schulbusverkehr einschließlich des Zustandes und der Ausrüstung der Kfz sowie des eingesetzten Fahrpersonals in unregelmäßigen Abständen zu überprüfen oder überprüfen zu lassen.
- 4.3 Werden bei vorgeschriebenen Untersuchungen (§ 29 StVZO, §§ 41 und 42 BOKraft), bei polizeilichen Kontrollen oder bei Überprüfungen durch die zuständige Behörde Mängel festgestellt, hat der Unternehmer diese unverzüglich zu beseitigen.
- 4.4 Der Träger für die Schülerbeförderung ist berechtigt zu prüfen, ob im Fahrzeugschein bzw. in der Zulassungsbescheinigung Teil 1 der Vermerk der Zulassungsbehörde nach § 23 Abs. 6 StVZO über die Verwendung des Pkw zur Personenbeförderung nach § 1 Nr. 4 Buchstabe d, g und i der Freistellungs-VO eingetragen ist und dementsprechend kürzere Fristen für die Hauptuntersuchung zum Tragen kommen.

Anlage 1

zu Nummer 2.4.2

Sichtfelder von Spiegeln oder Kamera-Monitor Systemen an KOM, die zur Schülerbeförderung eingesetzt werden

[Grafische Darstellung mit Vergleich der Hauptspiegelfelder nach Richtlinien 71-127-EWG i. d. F. 88-321-EWG und 2003-97-EG nicht aufgenommen]

Anlage 2

Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern

Sehr geehrte Fahrerin, sehr geehrter Fahrer!

Als Fahrerin/Fahrer eines Kfz bei der Beförderung von Schülern oder Kindergartenkindern tragen Sie eine besondere Verantwortung für das Leben und die Gesundheit vieler Schüler. Die folgenden Hinweise sollen Ihnen helfen, sich Ihrer hohen Verantwortung entsprechend zu verhalten.

Grundsätzlich zeichnet sich eine gute Fahrerin und ein guter Fahrer dadurch aus, dass er im Straßenverkehr erhöhte Vorsicht walten lässt und sich sowohl gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern als auch gegenüber den Fahrgästen rücksichtsvoll und besonnen verhält. Ebenso wird erwartet, dass er defensiv fährt und sich in allen Situationen des Straßenverkehrs vorausschauend verhält und nicht versucht, sich gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern rücksichtslos durchzusetzen.

Bedenken Sie bitte auch, dass Sie nicht nur durch Ihr Verhalten während der Fahrt, sondern auch schon durch die Vorbereitung der Fahrt einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Fahrgäste leisten können.

Wenn Sie die jeweilige Fahrt rechtzeitig antreten, sind Sie z. B. später nicht gezwungen, etwaige Verspätungen einzuholen. Sollte es tatsächlich zu einer Verspätung kommen, ist

es weder vertretbar, dass Sie die Geschwindigkeit so erhöhen, dass dies zu einer Gefährdung der Fahrzeuginsassen führt, noch dass Sie die vorgeschriebene Fahrstrecke verlassen.

Als Fahrerin/Fahrer eines Kfz zur Schülerbeförderung müssen Sie in manchen Situationen erhöhte Geduld aufbringen. Dass Sie diese zusätzliche Anforderung erfüllen, verdient besondere Anerkennung. Gerade durch Ihr ruhiges und besonnenes Verhalten können Sie ein gutes Beispiel für die Kinder geben. Führen Sie Gespräche mit den Kindern nur bei stehendem Fahrzeug und in freundlicher, sachlicher Form. Verzichten Sie auf unnötige Unterhaltung. Vor allem eine Auseinandersetzung mit einzelnen Schülern kann Ihre Aufmerksamkeit stark beeinträchtigen.

Bitte beachten Sie vor allem immer folgende Punkte:

- Überzeugen Sie sich vor Antritt der Fahrt davon, dass sich das Kfz in einem verkehrs- und betriebssicheren Zustand befindet.
- Bringen Sie die Schulbusschilder vorschriftsmäßig an. Beachten Sie, dass die Schulbusschilder nach Beendigung der Schulfahrt sofort zu entfernen oder abzudecken sind.
- Führen Sie Führerscheine und Fahrzeugpapiere mit.
- Halten Sie die Lenk- und Ruhezeiten ein.
- Halten Sie die Fahrstrecke und den Fahrplan ein. Gegenüber dem Fahrplan kürzere Fahrzeiten sind durch ein entsprechend längeres Warten an den jeweiligen Haltestellen auszugleichen.
- Fordern Sie zum Anlegen der Sicherheitsgurte bzw. zur Benutzung der Rückhalteinrichtungen für Kinder auf.
- Zeigen Sie frühzeitig An- und Abfahren an.
- Fahren Sie erst ab, wenn die Türen geschlossen sind und die Kinder ihre Plätze eingenommen haben. Fahren Sie mit Kleinbussen nicht los, wenn Schüler stehen.
- Achten Sie darauf, dass sich während der Fahrt keine Schüler auf den Trittstufen der Ein- und Ausstiege sowie auf der freizuhaltenden Fläche neben dem Fahrzeugführer befinden.
- Überschreiten Sie nicht die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Passen Sie die Geschwindigkeit den jeweiligen Umständen an (Verkehrsdichte, Fahrbahnzustand, Sichtverhältnisse). Für KOM, in denen mangels freier Sitzplätze Schüler stehend befördert werden, beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit außerorts 60 km/h.
- Schalten Sie rechtzeitig beim Nähern an die Haltestelle und solange Kinder ein- und aussteigen das Warnblinklicht ein, wenn die Straßenverkehrsbehörde dies angeordnet hat. Im Regelfall sollte in einer Entfernung von etwa 50 m innerorts, außerorts in einer Entfernung von etwa 150 m mit dem Blinkvorgang begonnen werden.
- Fahren Sie mit äußerster Vorsicht langsam und jederzeit anhaltebereit an Haltestellen heran und aus ihnen heraus (Schrittgeschwindigkeit). Verhalten Sie sich so, dass eine Gefährdung der Kinder und der übrigen Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist.
- Halten Sie in vorhandenen Haltebuchten oder an Schutzgittern.
- Öffnen Sie die Türen erst dann, wenn das Kfz steht und gefahrlos ausgestiegen werden kann.
- Weisen Sie auf geordnetes Ein- und Aussteigen hin.
- Fordern Sie die Schüler auf, die Fahrbahn erst nach Abfahren des Busses zu überqueren.
- Beobachten Sie die Einstiege vor und nach dem Schließen der Türen.
- Fahren Sie nur mit Einweiser rückwärts.

§ 161 HSchG – Kommentar

- Benutzen Sie kein Mobil- oder Autotelefon ohne Freisprecheinrichtung während der Fahrt.

Sie sind befugt, im Einzelfall Schüler nach vergeblicher Ermahnung von der Beförderung auszuschließen, wenn dies zwingend erforderlich ist, um die Sicherheit und Ordnung während der Fahrt aufrechtzuerhalten. Dies darf nur an Haltestellen und dann geschehen, wenn eine Gefährdung der Schüler nicht zu erwarten ist. Bei Schülern von Grundschulen und Schulen mit Förderschwerpunkt sollte grundsätzlich von solchen Maßnahmen abgesehen werden.

Beispiele für Verhaltensfälle, die zum Beförderungsausschluss berechtigen:

- Erhebliche Gefährdung oder Belästigung des Fahrers und der mitfahrenden Schüler,
- Beschädigung des Kfz,
- eigenmächtiges Öffnen der Türen während der Fahrt,
- aus dem Kfz werden Gegenstände geworfen oder herausgehalten. Melden Sie Vorfälle dieser Art umgehend der Schule. Bedenken Sie jedoch, dass Sie kein Züchtigungsrecht gegenüber den Kindern haben.
- Melden Sie bitte Ihrem Unternehmer:
- festgestellte Mängel, insbesondere am Kfz,
- wenn nicht alle Schüler wegen mangelnder Platzkapazität mitgenommen werden konnten,
- wenn infolge zu starker Besetzung unzumutbare Platzverhältnisse auftreten,
- Abweichungen von der Streckenführung,
- besondere Gefahrenquellen für den Betrieb auf Fahrstrecken und an Haltestellen,
- häufig aufgetretene Schwierigkeiten beim Einsteigen vor oder nach Schulschluss,
- besonders auffälliges, sicherheitswidriges Verhalten von Schülern,
- den Beförderungsausschluss von Schülern.

Bitten Sie Ihren Unternehmer um Lösung des Problems, ggf. gemeinsam mit der Schule oder dem Träger für die Schülerbeförderung.

Übrigens:

- Ihr persönliches Wohlbefinden ist die beste Voraussetzung für sicheres Fahren.
- Deshalb: keine Medikamente, die die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen, nicht rauchen während der Fahrt, kein Alkohol, kein Fahrtantritt bei Verdacht auf Restalkohol.
- Sprechen Sie mit Ihrem Unternehmer, damit Sie an Seminaren zur Verbesserung der Schulbussicherheit teilnehmen können. Diese Seminare werden z. B. von den für die Schüler-Unfallversicherung zuständigen Trägern der öffentlichen Hand (GUVV, UK) und den für den Omnibusbetrieb zuständigen Berufsgenossenschaften angeboten.

Die Eltern sowie die mitfahrenden Kinder und Jugendlichen, die Ihnen anvertraut sind, werden Ihnen für die sichere Beförderung dankbar sein.

9. Notwendige Beförderungskosten

Absatz 5 bestimmt, welche Beförderungskosten als notwendig anzusehen sind, wenn die Beförderungspflicht nach den Absätzen 2 und 3 gegeben ist. Zu den einzelnen Fallgruppen ist Folgendes anzumerken:

9.1 zu Nr. 1:

Nach dem Siebten Abschnitt des Dritten Teils und nach dem Vierten Teil dieses Gesetzes zuständige Schule ist

- a) die Grundschule, in deren Schulbezirk die Schülerin oder der Schüler wohnt (§ 60 Abs. 4). Besondere Angebote, wie zum Beispiel das einer Fremdsprache in der Freien Waldorfschule, die zulässigerweise statt der zuständigen öffentlichen Grundschule besucht wird, begründen keine Ausnahme (VG Frankfurt, Urt. vom 5.4.1989 – V/2 E 817/88). Dasselbe gilt, wenn der Besuch einer anderen als der zuständigen Grundschule nach § 66 gestattet worden ist (s. auch Erl. 9.2).
Die Vorklasse ist nach § 18 Abs. 2 Bestandteil der Grundschule. Die Zuweisung zu ihr erfolgt durch den Schulleiter (§ 58 Abs. 4 und 5 Satz 4 und 5);
- b) die allgemeine Schule, die eine Schülerin oder einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Erfüllung der Schulpflicht besucht, und zwar
 - die nach § 60 Abs. 4 zuständige Grundschule, die über die Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht nach § 51 Abs. 1 verfügt oder
 - die nach § 54 Abs. 4 vom Staatlichen Schulamt bestimmte Grundschule,
 - die allgemeine Schule der Mittelstufe, an der der Anspruch auf sonderpädagogische Förderung durch gemeinsamen Unterricht erfüllt wird, oder die Angebotschule für den gemeinsamen Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit praktischer Bildbarkeit oder Lernhilfebedarf (§ 51 Abs. 3),
- c) die vom Staatlichen Schulamt nach § 54 Abs. 4 bestimmte Förderschule. Dies gilt auch für die Schule für Lernhilfe, nachdem die Pflicht, für sie Schulbezirke zu bilden, mit der Änderung des Schulgesetzes vom 15.7.1997, a. a. O., entfallen ist;
- d) die Berufsschule, in deren Schulbezirk der Schulpflichtige wohnt oder tätig ist (§ 63 Abs. 1) oder der ein Berufsschulpflichtiger nach § 63 Abs. 3 zugewiesen worden ist. Wenn bereits in der Grundstufe Blockunterricht durchgeführt wird, sind die Kosten der täglichen Fahrten zwischen Wohnung und Schule die notwendigen Kosten im Sinne des Absatzes 2, nicht aber die Fahrten zu einem anderen Aufenthaltsort, wenn der Blockunterricht die auswärtige Unterbringung erforderlich macht. Ist sie notwendig, weil die tägliche Fahrt zum Schulort nicht zugemutet werden kann, erhält der Berufsschulpflichtige einen Landeszuschuss für die besonderen Aufwendungen nach Maßgabe des Erlasses vom 17.10.2005 (ABl. S. 868). Führt ein Berufsschüler mit einem privaten Kraftfahrzeug zur Schule, obwohl er öffentliche Verkehrsmittel benutzen könnte, entfällt jeder Anspruch auf Kostenersatzung; auch der auf Erstattung der fiktiv bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel entstandenen Fahrkosten ist nicht begründet (Hess. VGH, Urt. vom 11.12.1987 – 6 UE 647/85).

9.2 Zu Nr. 2

§ 143 Abs. 1 eröffnet in seiner Neufassung durch Gesetz vom 15.5.1997, a. a. O., den Schulträgern die Möglichkeit, Überschneidungsgebiete bei der Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen zu bilden. Die darin wohnenden Schülerinnen und Schüler werden entweder vom Staatlichen Schulamt oder vom Schulträger im beiderseitigen Einvernehmen einer der beiden Grundschulen nach unterrichtsorganisatorischen Notwendigkeiten und pädagogischen Grundsätzen zugewiesen. Diese Schule ist zuständige Schule nach § 60 Abs. 4. Die Pflicht der Schulträger, die Kosten der Beförderung zu der Schule, deren Besuch nach § 66 gestattet worden ist, ist mit der Novelle vom 15.5.1997 entfallen. Es müssen aber in fiktiver Berechnung die Kosten erstattet werden, die beim Besuch der zuständigen Grund- oder Berufsschule entstanden wären, vorausgesetzt, dass sie als notwendig anerkannt werden können. Ist der Schulweg zu ihr kürzer als zwei bzw. drei Kilometer, entfällt auch der Anspruch auf anteilige Erstattung. Die für den Weg zur tatsächlich besuchten Schule entstehenden Fahrkosten bilden die Höchstgrenze der Erstattungspflicht. Könnte für den Weg zur zuständigen Schule der Schulbus kostenlos benutzt werden, entstehen eigentlich keine erstattungsfähigen Kosten (so auch Hess. VGH, Urteil vom 21.6.1985 – 6 UE 23/83 zur früheren Gesetzeslage). Nach Nr. 2 Satz 3 sind dann aber in fiktiver Berechnung die Schülertarife eines öffentlichen Verkehrsmittels zugrunde zu

§ 161 HSchG – Kommentar

legen. Maßgeblich sind die regionalen Tarifbestimmungen. Kein Fall der Kostenerstattung in fiktiver Berechnung ist gegeben, wenn ein Schüler statt des zumutbaren öffentlichen Verkehrsmittels ein privates Kraftfahrzeug, sein Auto oder sein Motorrad benutzt (Hess. VGH, Urteil vom 11. 12. 1987 – 6 UE 647/85).

9.3 Zu Nr. 3:

In dieser Fallgruppe werden die Pflichten des Schulträgers beim Besuch der weiterführenden Schulen der Bildungsgänge der Mittelstufe (Sekundarstufe I) nach den §§ 22 bis 27 und der beruflichen Vollzeitschulen der berufsqualifizierenden Bildungsgänge nach §§ 39 ff., die noch in Erfüllung der Vollzeitschulpflicht besucht werden können, erfasst. Zu letzteren zählen insbesondere das Berufsvorbereitungsjahr als Form der besonderen Bildungsgänge nach § 39 Abs. 6 und die zweijährige Berufsfachschule nach § 41 Abs. 2 mit ihrer ersten Jahrgangsstufe.

9.3.1 Nächstgelegene weiterführende Schule

Das Gesetz begrenzt die Pflichten des Schulträgers darauf, den Besuch der nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsganges sicherzustellen. Die Begrenzung auf die nächstgelegene Schule wird vielfach als unangemessene Beschränkung des elterlichen Wahlrechts angesehen. Mit § 161 wird der sozialpolitische Zweck verfolgt, es jedem Kind zu ermöglichen, den seinen Begabungen und Neigungen entsprechenden Abschluss am Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I) ohne erhebliche Aufwendungen für den Schulweg zu erreichen. Es soll in Abwägung der fiskalischen Interessen der Schulträger mit der Verantwortung der Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder nicht jede Wahlentscheidung öffentlich finanziert werden müssen. Die Begrenzung ist verfassungskonform (Hess. StGH, Beschl. vom 25. 7. 1984 – PSt. 962 –, vom 25. 7. 1984 – PSt. 965 – und PSt. 997; BVerwG, Beschl. vom 4. 2. 1982 – 7 B 147.81). Bei der Frage, welche die nächstgelegene Schule ist, muss auf die Schulorganisation im Gebiet des zuständigen Schulträgers evtl. sogar im benachbarten Land verweisen. Besucht der Schüler tatsächlich eine nähergelegene Schule eines anderen Schulträgers, muss der zuständige die Fahrkosten höchstens jedoch in Höhe der Kosten erstatten, die beim Besuch der nächstgelegenen Schule im eigenen Gebiet entstehen würden.

9.3.2 Aufnahmefähige Schule

Die Beförderung zu einer anderen Schule ist dann Pflicht des Schulträgers, wenn die nächstgelegene nicht aufnahmefähig ist. Über die Aufnahme in eine Schule entscheidet nach § 88 Abs. 3 Nr. 1 ausschließlich der Schulleiter, und zwar nach Maßgabe des § 70. Danach entscheidet er auch, ob die Grenze der Aufnahmefähigkeit der Schule ggf. unter Berücksichtigung der Vorgaben des Staatlichen Schulamtes (§ 70 Abs. 2) oder der Verordnung über die Festlegung der Aufnahmekapazität für Aufnahmen in Schulen der Bildungsgänge der Mittel- und Oberstufe (Sekundarstufe I und II) vom 1. 12. 1999 (ABl. 2000 S. 2) erreicht ist, oder ob andere Gründe, die einer Aufnahme entgegenstehen, vorliegen. An diese Entscheidung ist der Schulträger gebunden.

9.3.3 Schule des gewählten Bildungsganges

Es muss sich ferner um eine Schule handeln, deren Besuch es ermöglicht, den angestrebten Abschluss am Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I) zu erreichen. Die Abschlüsse sind nach § 13 Abs. 1 den Bildungsgängen zugeordnet. Diese sind daher wesentliches Kriterium zur Entscheidung der Frage, welches die nähergelegene Schule ist. Auf die Grundstufe (Primarstufe) aufbauende Bildungsgänge der Sekundarstufe sind nach den §§ 23 ff. diejenigen der Hauptschule, der Realschule und der gymnasiale Bildungsgang. Die Bildungsgänge schließen am Ende der Mittelstufe mit dem Hauptschulabschluss in seinen

ausdifferenzierten Formen, dem mittleren Abschluss (Realschulabschluss) und die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe ab (vgl. auch Hess. VGH, Beschluss vom 11.6.1996 – 7 UE 4200/96). Diese Bildungsgänge können nach § 12 i.V.m. § 11 in unterschiedlichen Schulformen einzeln oder zusammengefasst angeboten werden, in der Hauptschule (§ 23 Abs. 1 bis 3), der Realschule (§ 23 Abs. 4 bis 6), der verbundenen Haupt- und Realschule (§ 23 Abs. 7), dem Gymnasium (§ 24) und der Gesamtschule (§§ 25 ff.). Auch die bis zur Jahrgangsstufe 10 führende schulformbezogene (kooperative) Gesamtschule mit Förderstufe kann daher gegenüber dem Gymnasium nächstgelegene Schule sein (VGH Hessen, Beschl. vom 25.6.1998 – SPE n. F. 670 Nr. 60). Unerheblich ist auch, ob der gymnasiale Bildungsgang verkürzt angeboten wird (G 8- oder G 9-Zug).

9.3.4 Schulformbezogene oder schulformübergreifende Organisation der Bildungsgänge

In der Gesamtschule können die Bildungsgänge in kooperativer Form als Zweige der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule (§ 26) oder integriert in der schulformübergreifenden Gesamtschule (§ 27) angeboten werden. Die Organisationsform ist daher für die Frage, welcher Abschluss erreicht werden kann, nicht maßgeblich. Es wird aber bei der Schülerbeförderung eine Ausnahme gemacht. Zu berücksichtigen ist, ob der Bildungsgang schulformbezogen oder schulformübergreifend angeboten wird. In der nach Abs. 5 Nr. 3 gesetzlichen Ausgestaltung der Bildungsgänge der Mittelstufe ist, wie oben dargestellt, die schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule die Organisationsform, in der die Bildungsgänge schulformübergreifend angeboten werden. Wer also z. B. das Gymnasium statt der nähergelegenen integrierten Gesamtschule besucht, hat Anspruch darauf, dass diese Entscheidung berücksichtigt wird. Dasselbe gilt aber nicht, wenn ein Schüler die Realschule statt der näher gelegenen Haupt- und Realschule oder das Gymnasium statt der nähergelegenen schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule besucht. Schon nach der Rechtsprechung vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes war es für den Anspruch auf Schülerbeförderung nicht maßgeblich, ob ein Bildungsgang in einer Schule allein oder kooperativ zusammen mit anderen angeboten wird (Hess. VGH, Ur. vom 23.3.1981 – VI OE 28/80).

9.3.5 Besondere pädagogische Prägung

Nach Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 sind besondere pädagogische, weltanschauliche und religiöse Ausprägungen, ein koedukativer oder nicht koedukativer Unterricht, über die Stundentafel hinausgehende Angebote, der Status als Ganztagschule u. Ä. entsprechend der früheren Rechtsprechung (Hess. StGH, Beschl. vom 25.7.1984 – PSt. 997) nicht zu berücksichtigen.

Eine frühere Praxis, beim gymnasialen Bildungsgang die unterschiedlichen Sprachenfolgen der ersten und zweiten Fremdsprache zu berücksichtigen, konnte nach dem Urteil des VG Kassel vom 4.9.1996 – 3 E 2874/94 (1) – nicht aufrechterhalten werden; maßgeblich ist ausschließlich der angestrebte Abschluss, wie der Hess. VGH in seinem Beschluss vom 17.1.2003 – 7 ZU 2265/02 – bestätigt hat. Auch sog. Spezialschulen wie Sportgymnasien begründen keinen Anspruch.

9.3.6 Schulwechsel

Mit dem Kriterium „Erreichen des gewünschten Abschlusses am Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe I) ohne Schulwechsel“ ist eindeutiger als in der bis zur Novelle vom 15.5.1997, a. a. O., geltenden Fassung klargestellt worden, dass ein Schulwechsel zwischen Mittelstufe und Oberstufe als vertretbar angesehen wird. Daraus folgt, dass ein Schüler, der ein Gymnasium statt der näher gelegenen schulformbezogenen Gesamtschule besucht, den Anspruch auf Kostenerstattung nicht mit dem Argument begründen kann, der Gesamtschule fehle die gymnasiale Oberstufe, er müsse daher die Schule wech-

§ 161 HSchG – Kommentar

sein, um zum Abitur zu kommen. Das Kriterium „Vermeiden eines Schulwechsels“ gilt daher nur innerhalb der Schulstufe.

Schulorganisatorisch kann ein Zwang zum Wechsel durch die Förderstufe vorgegeben sein. Sie ist bei gleicher Aufgabenstellung die schulformübergreifende neben der schulformbezogenen Organisationsform der Jahrgangsstufen 5 und 6 und erfüllt die inhaltlichen Anforderungen der Bildungsgänge der Mittelstufe (§ 22 Abs. 1). Die Förderstufe ist Gestaltungsmöglichkeit bei den Schulformen, in der kooperativ mehrere Bildungsgänge zusammengefasst worden sind, wenn sie nicht der Grundschule zugeordnet wird. Daraus folgt zunächst, dass der Schüler, der das Gymnasium statt der näher gelegenen schulformbezogenen Gesamtschule besucht, einen Anspruch auf Fahrkostenerstattung auch nicht damit begründen kann, dass die Gesamtschule eine Förderstufe und nicht schulformbezogene Klassen 5 und 6 hat (HessVGH, Urt. vom 25.6.1998 – 7 UE 4200/96 –).

Unter dem Aspekt, einen Schulwechsel zu vermeiden, begründet eine Schulorganisation mit der Förderstufe dagegen in folgenden Beispielfällen den Anspruch auf Schülerbeförderung beim Besuch einer anderen Schule als der nächstgelegenen Schule mit Förderstufe:

- Die nächstgelegene Förderstufe ist Bestandteil einer Grundschule, die besuchte Schule führt dagegen bis zur Jahrgangsstufe 9 oder 10.
- Die nächstgelegene Schule ist eine Haupt- und Realschule mit Förderstufe, angestrebt wird aber der gymnasiale Bildungsgang; dabei ist unerheblich, ob die weiter entfernte gelegene Schule ein Gymnasium oder eine schulformbezogene Gesamtschule ebenfalls mit Förderstufe ist.

Der Schulwechsel muss durch die regionale Schulorganisation vorgegeben und nicht in persönlichen Umständen begründet sein. Liegt nach einem Umzug eine andere Schule näher als die ursprünglich gewählte und weiterhin besuchte, können nur die für den Besuch der nähergelegenen Schule entstehenden Kosten erstattet werden. Die frühere Auffassung, es sei auch die pädagogische Intention, den Anspruch auf Fahrkostenerstattung auch dann zu erhalten, kann nicht aufrechterhalten werden. Sie ist mit dem eindeutigen Wortlaut und dem grundsätzlichen gesetzgeberischen Ansatz, individuelle pädagogische Motive für die Wahl der Schule bei der Schülerbeförderung nicht zu berücksichtigen, unvereinbar.

Ein Wechsel der Schule ist zwangsläufig mit den Ordnungsmaßnahmen der Überweisung in eine andere Schule der gleichen Schulform und der Verweisung von der besuchten Schule nach § 82 Abs. 2 Nr. 6 und 8 verbunden. In beiden Fällen ist die Schülerin oder der Schüler für die Maßnahmen allein verantwortlich. Sie unterscheiden sich lediglich in der Schwere der Sanktion; bei der Überweisung wird den Eltern die Suche nach einer anderen Schule abgenommen, bei dem Schulverweis müssen sie sich selbst darum bemühen. Die Ursache des Schulwechsels liegt ausschließlich im Verantwortungsbereich der Schülerin oder des Schülers und ist nicht in der Struktur des regionalen Schulangebots begründet. Aus § 161 lässt sich daher kein Anspruch auf Erstattung der dadurch neu oder zusätzlich entstehenden Fahrkosten herleiten.

9.3.7 Fahrkostenerstattung in fiktiver Berechnung

Mit dem Verweis in Nr. 3 Satz 2 auf Nr. 2 Satz 2 und 3 wird die Pflicht des Schulträgers zur Erstattung der Schülerbeförderungskosten, die beim Besuch der nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsganges entstanden wären, wenn diese nicht besucht wird, auch auf den Besuch weiterführender Schulen übertragen. Auf die Erl. 9.2 wird insoweit verwiesen. Ein Fall der Kostenerstattung in fiktiver Berechnung der Beförderungskosten ist auch dann gegeben, wenn ein Schüler aufgrund einer Ordnungsmaßnahme, der Überweisung oder Verweisung nach § 82 Abs. 2 Nr. 6 und 8 eine andere als die nächstgelegene Schule besucht (Erl. 9.3.6).

10. Fahrkosten der Begleitperson

Nach Absatz 6 sind die Fahrkosten für eine Begleitperson zu ersetzen, wenn das Kind aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder einer Sinnesbeeinträchtigung, insbesondere einer Sehschädigung, den Schulweg nicht allein bewältigen kann. Soweit die Notwendigkeit, das Kind zu begleiten, nicht aufgrund der Behinderung offenkundig ist, kann der Schulträger verlangen, dass sie ihm durch ärztliche Bescheinigung oder über das Gesundheitsamt nachgewiesen wird. Das Gesetz beschränkt die Pflicht des Schulträgers auf die Übernahme der Fahrkosten und begründet mit Rücksicht auf die grundsätzliche Verantwortung der Eltern für den Schulweg ihrer Kinder keinen Anspruch gegen ihn, Begleit- oder Aufsichtspersonal zu stellen. Dieser kann im Einzelfall nach § 54 SGB XII – Sozialhilfe – begründet sein, der sich dann aber gegen den zuständigen Träger der Sozialhilfe richtet. Entgegen der vielfach von den Schul- und Sozialhilfeträgern vertretenen Auffassung muss das Land die Personalkosten für eine Begleitperson nicht nach § 151 Abs. 5 übernehmen. Die Vorschrift bezieht sich nicht auf Personen, die individuell Schüler betreuen; sie ist außerdem eine Kompetenzzuweisung und begründet keine individuellen Ansprüche im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 3 (VG Gießen, Beschl. vom 27.8.1997 – GG 754/97 C3 – ständige Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte).

11. Aufsichtspflicht

Die Aufsichtspflicht der Schule beschränkt sich in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung nach Anlage I Nr. 5 der Verordnung über die Aufsicht über Schüler vom 28.3.1985 (ABl. S. 185) i. d. F. vom 20.12.2005 (ABl. 2006 S. 3) auf für Schulbusse außerhalb des Schulgeländes, aber im unmittelbaren Anschluss daran eingerichtete Haltestellen, die räumlich und funktionell dem Schulbetrieb zugeordnet sind, wenn eine Gefährdung der Schülerinnen und Schüler dies erforderlich macht.

12. Besondere Härtefälle

Absatz 7 berechtigt den Schulträger zu freiwilligen Leistungen, zu denen er grundsätzlich keine gesetzliche Ermächtigung braucht. Die Vorschrift hatte ihre historische Funktion, als nur wenige auswärtige Schülerinnen und Schüler einen Anspruch auf Beförderung hatten (s. Erl. 1.1), ist aber als soziale Hilfe in besonderen Einzelfällen aufrechterhalten worden. Vorausgesetzt wird eine außergewöhnliche Härte, sei es im sozialen Bereich oder aufgrund besonders unzumutbarer Bedingungen des Schulweges, die nicht bereits in den Absätzen 1 bis 6 erfasst werden. So ist es kein Fall dieser Regelung, wenn die Eltern die Beförderung ihrer Kinder im privaten PKW nach Abs. 4 Satz 3 sicherstellen können (Hess. VGH, Beschl. vom 9.2.1997 – SPE n. F. 670 Nr. 57). Auch wenn diese Voraussetzung gegeben ist, liegt es im freien Ermessen des Schulträgers, ob er eine Unterstützung gewährt oder nicht. Es handelt sich mangels Anspruch nicht um Leistungen, die Vorrang vor denen des Sozialhilfeträgers nach dem SGB XII – Sozialhilfe – haben.

13. Ausschlussfrist

Die in Absatz 8 gesetzte Frist, in der Erstattungsansprüche geltend gemacht werden müssen, ist eine Ausschlussfrist; später eingehende Anträge müssen nicht mehr berücksichtigt werden.

Absatz 8 verdeutlicht darüber hinaus, dass sich die Leistungspflichten des Schulträgers jeweils auf ein Schuljahr beziehen und die jeweils für dieses Schuljahr geltenden rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen zugrunde zu legen sind. Die Schülerinnen und Schüler haben nach § 1 Abs. 1 i. V. m. § 161 keinen individuellen Anspruch, kein subjektiv öffentliches Recht, auf bestimmte Leistungen des Schulträgers, aber das Recht darauf, an den objektiven Gewährleistungen, zu denen der Schulträger nach § 161 verpflichtet ist, teilzuhaben. Der Schulträger erfüllt seine Pflichten entweder durch die kostenlose Benut-

§ 161 HSchG – Kommentar

zung eines Schulbusses oder die Erstattung der bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel entstandenen Fahrkosten oder die Entschädigung bei der Nutzung eines privaten Kraftfahrzeuges. Die Erstattung kann im voraus, z. B. durch Ausgabe einer Schülerjahreskarte, oder nachträglich geschehen.

14. Widerruf des Grundbescheids

Wenn ein Schulträger im Interesse der Verwaltungsvereinfachung seine Leistungspflichten im voraus über einen sog. Grundantrag feststellen will, handelt es sich bei dem Bescheid, den er darauf erteilt, um einen feststellenden Verwaltungsakt, der selbständig anfechtbar ist. Bei diesem „Grundbescheid“ sollte berücksichtigt werden, dass er unter dem Vorbehalt der Richtigkeit der Angaben, z. B. über den gewünschten Bildungsgang, sowie der Änderung der geltenden Rechtsgrundlagen und der tatsächlichen Bedingungen steht. Ein entsprechender Widerrufsvorbehalt sollte aufgenommen werden. Aber auch wenn er nicht aufgenommen worden ist, darf der Grundbescheid nach § 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 HVwVfG bei einer Gesetzesänderung widerrufen werden. Es handelt sich um eine Ermessensentscheidung, bei der nicht nur abzuwägen ist, ob der Widerruf im öffentlichen Interesse liegt. Er muss vielmehr zur Beseitigung oder Verhinderung eines sonst drohenden Schadens für wichtige Gemeinschaftsgüter geboten sein. (Hess. VGH, Urt. vom 26.6.1998 – 7 UE 4200/96).

15. Schulen in freier Trägerschaft

Absatz 11 erstreckt die Pflichten der Schulträger öffentlicher Schulen in der Schülerbeförderung auf die Schülerinnen und Schüler der Ersatzschulen und ordnet die Ersatzschulen zugleich in das gesetzliche System der Schülerbeförderung ein. Daraus folgt, dass der Schulträger, in dessen Gebiet der Schüler einer Ersatzschule wohnt, dann nicht die für den Besuch dieser Schule entstehenden Kosten übernehmen muss, wenn eine öffentliche Schule des gewählten Bildungsganges näher. Ein Erstattungsanspruch entfällt ganz, wenn die öffentliche Schule in der Primarstufe innerhalb der zwei-km-Grenze und in der Sekundarstufe I in der drei-km-Grenze liegt. Allerdings kann der Schüler einer öffentlichen Schule nicht auf die näher gelegene Ersatzschule aufgrund ihres Status als Schule in freier Trägerschaft verwiesen werden. Ersatzschulen sind diejenigen Schulen in freier Trägerschaft, die wie das Privatgymnasium eine Entsprechung im öffentlichen Schulwesen haben und genehmigungspflichtig sind (§§ 170 ff.). Die freien Waldorfschulen erfassen in der Mittelstufe die Bildungsgänge der Hauptschule und der Realschule sowie den gymnasialen Bildungsgang. Die vermittelten Inhalte und ihre Strukturen werden zwar durch das eigene pädagogische Modell geprägt; in ihrer Unterrichtsorganisation kommen sie aber der Schulform übergreifende (integrierten) Gesamtschule am nächsten. Auf diese ist deshalb bei der Frage, welches die nächstgelegene Schule nach Abs. 5 Nr. 3 ist, abzustellen (Hess. VGH, Beschl. vom 2.1.2003 – 7 ZU 3019/00). Weder der besondere Status noch besondere pädagogische oder weltanschauliche Konzeptionen der Privatschulen begründen verfassungsrechtlich eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass nur die Kosten für den Weg zur nächstgelegenen Schule übernommen werden müssen (BVerwG, Beschl. vom 4.2.1982 – 7B 147,81; vgl. auch Hess. StGH, Beschl. vom 25.7.1984 – PSt. 962, 965 und 997).